

Internationale Trends

STIFTUNGEN Wo an Bildung gespart wird, sind die Familien-Stiftungen auf dem Vormarsch.

+++ OSTEUROPA +++

Radikale Kürzungen bei Bildung

Wegen der Finanzkrise ächzen die Bildungssysteme der osteuropäischen Länder und die Islands und Irlands unter den Langzeitfolgen der erschöpften öffentlichen Haushalte. Das zeigt eine Studie des in Brüssel ansässigen Internationalen Lehrerverbands Education International (EI). So kürzten etwa Serbien, Ungarn und Kroatien im Jahr 2009 ihre Bildungsausgaben um 25, zehn bzw. um neun Prozent. Besonders krass traf die Krise Lettland, wo im vergangenen Jahr 6000 der 35 000 Lehrer gekündigt wurden und die Verbliebenen Gehaltskürzungen zwischen 15 und 30 Prozent hinnehmen mussten; mehr als 50 der 800 Schulen im Land sollen 2010 in dem baltischen Staat geschlossen werden.

Von Gehaltskürzungen bis zu 20 Prozent berichten in der EI-Studie auch Lehrgewerkschaften in Litauen, Bosnien-Herzegowina, Tschechien und Ungarn. Die EI-Forscher stellen nicht nur fest, dass besonders in „weichen Bereichen“ wie Sprachkursen, Kunsterziehung oder bei Integrationsprogrammen gekürzt wird. Sie fanden auch den Trend, dass die finanzielle Verantwortung für Schulen gerne von der Bundes- auf die Gemeindeebene oder an private Träger abgeschoben wird, wie in Rumänien, Estland, Litauen, Moldawien und Polen der Fall; außerdem seien vor allem kleine Schulen auf dem Land in der Gefahr, mit anderen fusioniert oder ganz geschlossen zu werden.

In westeuropäischen Ländern wie Belgien, Dänemark, Deutschland, Spanien und Großbritannien seien keine Budgetkürzungen zu beobachten, so die Studie, in Schweden und Norwegen sind laut EI die Bildungsausgaben teilweise sogar gestiegen (z. B. um neun Prozent für Berufsschulen in Norwegen). In Frankreich, Deutschland und Spanien hat die Studie aber einen wachsenden Trend zur Privatisierung ausgemacht, der teilweise schon vor der Finanzkrise begonnen habe, nun aber einen weiteren Schub erhält: „Die Regierungen nutzen die angespannte Finanzsituation nun dazu aus, diese Pläne tatsächlich umzusetzen“, so das Fazit von Education International.

■ STEFAN SCHEYTT

Infos im Netz unter: www.ei-ie.org/handsup/en/

+++ GATES & CO. +++

Wie Bildungs-Stifter Steuern sparen

Zwei der reichsten Männer der Welt, Microsoft-Gründer Bill Gates und der Großinvestor Warren Buffett, telefonierten tagelang, am Ende hatten sie etwa vier Dutzend Milliarden dafür gewonnen, dass sie – wie Gates und Buffett selbst – Milliarden für wohltätige Zwecke zusagten. Anfang August verkündeten die beiden Superreichen das vorläufige Ergebnis ihrer Kampagne „The Giving Pledge“ („Das Spendenversprechen“): Spendenzusagen über rund 100 Milliarden Dollar, die sich noch bis auf 600 Milliarden erhöhen könnten.

Wie es die Bill-&Melinda-Gates-Stiftung seit Jahren vorexerziert – sie hat seit ihrer Gründung 1994 rund 23 Milliarden Dollar für Gesundheitsprogramme und Bildungsinitiativen in aller Welt ausgegeben –, soll auch der neue Geldsegen vornehmlich für die Bildung der weniger Privilegierten ausgegeben werden, das Spektrum reicht von der Früherziehung bis zur Begabtenförderung durch Stipendien, von der Förderung öffentlicher Bibliotheken bis zu Highschool-Programmen. Doch nicht nur in Europa, auch in den USA selbst ernteten die Spender teilweise beißende Kritik: Sogar das „Wall Street Journal“ nannte die Aktion eine „herablassende, fast karikatureske PR-Übung“.

Unabhängig vom Urteil über die Hilfsprogramme und der Frage, ob einzelne Menschen so viel Reichtum anhäufen können sollten, erzielen die Spender durch ihre „Großzügigkeit“ gewaltige Steuervorteile, weil in den USA eine Spende bis zur Hälfte des Gesamteinkommens steuerlich absetzbar ist (in Deutschland nur bis 20 Prozent des Jahreseinkommens oder vier Promille des Jahresumsatzes eines Unternehmens). So entgehen nach Schätzungen dem US-Schatzamt jährlich 40 Milliarden Dollar. „Wenn jemand stiftet, dann hat er sich dafür entschieden, lieber zu stiften, als Steuern zu zahlen“, kommentierte Altbundeskanzler Helmut Schmidt die Aktion der 50 US-Milliardäre. ■

++++ US-BILDUNGSSYSTEM +++

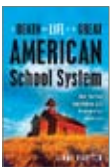
Bildungsexpertin warnt vor Aushöhlung

Diane Ravitchs Abrechnung mit den enthusiastisch begrüßten US-Schulreformen ist lesenswert. Nicht nur weil die renommierte Bildungsforscherin selbst zu den Verfechtern von freier Schulwahl, Charter Schools und Leistungstests gehört hatte, als diese ab 2002 in den USA in einer breiten legislativen Bewegung eingeführt wurden. Und nun warnt sie vor der Aushöhlung des öffentlichen Schulsystems. Denn während die privat gemanagten Charter Schools – in die reichlich öffentliche Mittel fließen – die Qualität der Bildung in der Breite nicht verbesserten, zeigen die durch Wettbewerbsideologie und Business-Modelle befeuerten Schulreformen unerfreuliche Nebenwirkungen. So haben unter dem Druck, andernfalls Finanzmittel zu verlieren, einzelne Bundesstaaten und Schulen die Ergebnisse ihrer Leistungstests schön gerechnet. Wie auch die Verengung auf zwei Testfächer dazu geführt hat, dass Bildung in Geschichte, Literatur, Geografie und den Naturwissenschaften vernachlässigt wird, beklagt Ravitch.

Denen, die bei uns in Deutschland freie Schulwahl und Bildungsgutscheine propagieren, wie es FDPler, Lobbyisten und einige Vertreter der Zivilgesellschaft tun, sei empfohlen, in diesem Buch die Kolateralschäden zu besichtigen, wenn Marktmechanismen großflächig in das Bildungssystem implantiert werden. Natürlich stellt die erfahrene Bildungsexpertin Ravitch am Ende ihres Buches auch die große Frage, was stattdessen die Schulen voranbringen könnte. Ihre schlichte Antwort: Es sind kluge und engagierte Lehrerinnen und Lehrer. In ausreichender Zahl.

Interessant ist auch das Kapitel über die neue Ära bildungsstrategischer Investitionen, wie sie die zwei großen Familienstifter, die Gates (Microsoft) und die Walton Foundation (Walmart) tätigen – mit dem ausdrücklichen Ziel, das US-Bildungssystem nach ihrem Gusto umzubauen. Für Diane Ravitch ist es „etwas fundamental Antidemokratisches, wenn zwei der reichsten US-Familien in diesem Maße die Agenda der öffentlichen Bildung bestimmen“.

■ CORNELIA GIRNDT



Diane Ravitch:
THE AMERICAN SCHOOL SYSTEM. HOW TESTING AND CHOICE ARE UNDERMINING EDUCATION. New York, 2010

+++ BERTELSMANN STIFTUNG+++

Subtile Form von Lobbyismus

Fragen an **THOMAS SCHULER**, 45, der ein Buch über die „Bertelsmannrepublik Deutschland“ und den politischen Einfluss der Bertelsmann Stiftung geschrieben hat.

DAS IST IHR ZWEITES BUCH ÜBER DEN GÜTERSLOHER MEDIENMULTI. FÜHREN SIE EINE DAUERFEHDE? Nein, aber Unternehmen und Stiftung sind schon wegen ihrer Machtfülle lohnende Objekte. Die Stiftung hat ein Monopol als privat geführtes Institut seiner Art und Größe, das Politik „berät“. Sie ist niemandem verantwortlich, und mir scheint, dass sie oft nur eine Fassade ist, um dem Unternehmen Zugang zur Politik zu sichern. Was man in Gütersloh Gemeinnutz nennt, ist oft nur eine subtile Form von Lobbyismus.

BEISPIELE BITTE. Die Bertelsmann Stiftung regiert auf fragwürdige Weise mit, wenn sie Staatschefs auf Konferenzen zur EU-Erweiterung versammelt, gemeinsam mit dem Unternehmen die EU-Kommission empfängt, sich für die Aufnahme Kroatiens einsetzt und dann die AG eine kroatische Staatslizenz für das Tochterunternehmen RTL erhält. Sie rät Kommunen zum Outsourcing von Dienstleistungen – und die Tochterfirma Arvato entdeckt die Auslagerung als Geschäft. Sie hat Vorarbeiten zu den Hartz-Reformen geleistet oder mit ihrem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) Hochschulräte durchgesetzt. In NRW hat sie sich bei der Reform des Schulwesens eingesetzt. Der Unternehmenschef Hartmut Ostrowski betont, er sehe im Bildungsbereich große Wachstumschancen. Noch ist unklar, wie das Unternehmen sich engagieren wird und ob die Politik als Türöffner dient. Nicht jedes einzelne Projekt ist privatnützig. Problematisch ist aber, dass in den leitenden Ämtern von Stiftung und Unternehmen die gleichen Leute sitzen.

INWIEFERN LEISTET DIE STIFTUNG DER PRIVATISIERUNG VORSCHUB? Reinhard Mohn hat immer wieder gefordert, der Staat müsse sich zurückziehen. So hat er ein Zentrum für Krankenhausmanagement gegründet, das heute an die Universität Münster angegliedert ist. Tochter Brigitte Mohn, die in der Bertelsmann Stiftung den Bereich Gesundheit leitet und im Vorstand sitzt, sitzt zugleich im Aufsichtsrat der Rhön Klinikum AG, der größten privaten Krankenkette Deutschlands. Studien über die Folgekosten der Privatisierung im Krankenhausbereich sucht man folglich vergeblich bei der Stiftung.

■ Die Fragen stellte **STEFAN SCHEYTT**

Thomas Schuler:
BERTELSMANNREPUBLIK DEUTSCHLAND. EINE STIFTUNG MACHT POLITIK. Frankfurt am Main, Campus Verlag 2010. 304 Seiten, 24,90 Euro